Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe einzelner Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 308. Dienstag den 4. November 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Wohnungs-Vermiethung.

Im **städtischen Feuerwehrdepot in Leipzig-Reudnitz, Marschallstraße Nr. 2,** ist die in der **1. Etage links gelegene Wohnung,** bestehend aus 4 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche, sowie Bodenraum und Kellerabtheilung vom **1. Januar kftg. Jahres** an gegen **einhalbjährliche Kündigung** anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem Rathhause, I. Etage, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 29. October 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ia. 6988. Dr. Georgi. Wagner.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden laut hier erstatteter Anzeige:

1) ein preußischer **Staatsschuldschein Nr. 84183 über 50 Thaler,** mit anhängendem **Talon und Coupon, ein Wohnungsmeldeschein,** ein **Abmeldeschein** und ein **Führungsattest** auf Carl Müller lautend, am 25. v. M.;

2) **ein Fächer** mit schwarzen Straußfedern **und Schildpattgestell,** am 29. v. M.;

3) eine **silberne Cylinder-Remontoir-Uhr mit Goldrand,** Secunde und blauem Rand auf dem Zifferblatt, **am 26. d. M.;**

4) **6 Stück leere Holzkisten** mit den Zeichen „R. H. & Co.", „B. & Co.", „B. G.", „Gebr. G.", schräger Anker mit durchstrichenem S, „O. H.", im Laufe der letzten 10 **Tage;**

5) **eine Wanne** mit **Margarine,** 18 kg schwer, mit dem Signum „A. Schöndorf & Co. No. 4360", am 30. d. M.;

6) ein großer **Handwagen,** rothrädig, blaugestrichen, **am 18. d. M.;**

7) eine neusilberne starke **Cylinderuhr** mit Secunde, geriefter Rückseite mit wappenähnlichen Schildchen, **Fabriknummer 5696** und dem eingekritzelten Namen „Schmidtgen", am 31. d. M.;

8) ein getragener **Sommerüberzieher** von schwarzem **Kammgarnstoff** mit schwarzem, gerieftem Futter, einer Reihe schwarzer Steinnußknöpfe und Stoffhenkel, am 31. d. M.;

9) ein **Herbstüberzieher** von grau- und blaumeliertem Stoff mit gelbgetriftetem, wollenem Futter, **in den Taschen ein Taschentuch,** „E. G." gez., ein Paar braune **Glacehandschuhe und eine Blechmarke** mit der Nummer 105, **am 30. d. M.;**

10) **3 steife Filzhüte,** grau **und** bezw. braun, **im Futter mit** der Firma „R. Heinze", am 1. d. M.;

11) **ein Rock, eine Hose und eine Weste von schwarzcarrirtem Kammgarnstoff,** am 1. d. M.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind **ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung** zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 2. November 1890.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.

Bretschneider.

Spanien.

Aus Spanien kommt die Nachricht, daß zwischen der Regierung und der Centralcommission, welche die Aufstellung der Wahllisten nach Maßgabe des Gesetzes über das Allgemeine Stimmrecht zu überwachen hat, Meinungsverschiedenheiten eingetreten sind. Die für das Verhältniß zwischen Regierung und Centralcommission gewählte Bezeichnung ist sehr schwend, denn die Regierung hat sich einfach um die Beschlüsse der Commission, welche mehrere Provinzialbehörden wegen ihres Verfahrens bei Aufstellung des Wahllisten getadelt hatte, nicht gekümmert, also, wie es ja seit langer Zeit in Spanien Brauch ist, die Willkür an Stelle des Gesetzes walten lassen. Das ist für eine Regierung sehr schlimm, welche mit der Erklärung ihr Amt antrat, der eingerissenen Corruption Einhalt zu thun; denn das war der Hauptvorwurf, welcher dem Ministerium Sagasta gemacht wurde, daß es den in Justiz und Verwaltung eingerissenen Mißbräuchen nicht die erforderliche Festigkeit entgegengestellt habe. **An Königstreue** hatte es auch das Ministerium Sagasta **nicht** fehlen lassen, aber es suchte einen Ausgleich zwischen dem Absolutismus und dem Verfassungsstaate, der in Spanien bisher noch immer vergeblich angestrebt worden ist.

In Spanien bestehen drei Parteien, **welche auf den Umsturz** hinarbeiten: die Socialisten, **die in der Hauptsache mit** den Anhängern Zorrilla's einverstanden sind, die Carlisten und die Militairpartei. Bisher haben sich die Conservativen und die Liberalen im Kampfe gegen die revolutionairen Parteien abgelöst. Unter Alfons XII. war der Zusammenhang zwischen den Conservativen und der Militairpartei nahezu gelöst. Die Entschiedenheit, mit welcher der König gegen die Militairaufstände vorging, hatte die zu Uebergriffen geneigte Generalität in Schach gehalten und ihr den Platz angewiesen, welcher ihr zukommt, als **Schützern** und Bürgen der Monarchie. Unter der Königin-Regentin sind die Anmaßungen der Generalität wieder stärker hervorgetreten. Sogleich nach ihrem Regierungsantritt fand ein Pronunciamiento statt, und der Versuch der Generalität, Einfluß auf die Regierung zu gewinnen, an welchem sich sogar die Marschälle Martinez Campos und Jovellar, die Hauptstützen des Thrones Alfons' XII., neben Canovas del Castillo betheiligten, ist noch in frischer Erinnerung. Die Rolle, **welche Canovas** bei dieser Bewegung gespielt hat, war zweideutig, er vertrat die Ansicht, daß Generale, die zugleich Senatoren seien, nicht ohne **Zustimmung des Senats** für militairische Vergehen bestraft werden dürften, **wenn diese Vergehen** einen politischen Charakter tragen. Sagasta trat dieser gefährlichen Auffassung mit ganzer Kraft entgegen und hat dadurch seine Stellung als Führer der liberalen Partei sehr befestigt. Dieselbe conservative **Partei,** welche der Generalität politische Rechte zugestehen wollte in dem Sinne, daß sie **neben der** Regierung ihrer politischen Auffassung Geltung **verschaffen** können, war eine grundsätzliche Gegnerin der Einführung des Allgemeinen Stimmrechts und hat diese Gesinnung in einer Form bethätigt, welche ihr die öffentliche Meinung mehr und mehr entfremdete.

Nach dem Tode Alfons' **XII.** war **es Canovas** del Castillo, welcher der Königin-Regentin rieth, Sagasta die Zügel der Regierung anzuvertrauen, und dieser Rath hat sich als gut und zweckmäßig erwiesen, denn seine Ausführung hat Spanien vier Jahre lang verhältnißmäßige Ruhe verschafft. Die öffentliche Ordnung war seit dem Tage gefährdet, an welchem die conservative Partei unter Führung von Canovas gegen die Einführung des Allgemeinen Stimmrechts demonstrirte, und diese Demonstrationen haben in Verbindung mit dem **erfolgreichen** Vorgehen Sagasta's gegen die regierungsfeindliche **Generalität den Rücktritt** des liberalen **Ministeriums** herbeigeführt. Sagasta hatte sich kurz nach Uebernahme des Portefeuilles im December 1885 zur Einführung des Allgemeinen Stimmrechts verpflichtet und hat diese Verpflichtung **nach** vier Jahren eingelöst, also nicht schnell und überstürzt, **sondern** lediglich unter dem Drucke der immer lauter sich kundgebenden öffentlichen Meinung.

Neben den Schwierigkeiten, welche die Conservativen und die mit ihnen verbundene Generalität Sagasta bereitete, waren es hauptsächlich die finanziellen Bedrängnisse, welche Spanien nicht zur Ruhe kommen ließen, außerdem der Kampf um die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht und endlich auch die Versuche der Carlisten, zur Macht zu gelangen. Die Königin-Regentin war sich der Verdienste Sagasta's um die Förderung der öffentlichen Wohlfahrt Spaniens wohl bewußt, aber die wiederholten Krankheiten des jungen Königs, welche ihn zeitweise dem Tode nahe brachten, ließen ihr die Stärkung des monarchischen Princips als unbedingt nothwendig erscheinen und diese Rücksicht dürfte für die Berufung von Canovas zum Chef des Ministeriums den Ausschlag gegeben haben. Sagasta wurde in dem Augenblick bei Seite geschoben, als sein Verbleiben an der Spitze der Regierung vielleicht unerläßlicher war als je zuvor. Das Land ist inzwischen von der Cholera und von socialistischen Agitationen in einem sehr gefahrdrohenden Maße heimgesucht worden; es gab Zeiten, in welchen sich alle gesetzliche Ordnung auflösen zu wollen schien, aber die allgemeine Achtung, welche die Königin-Regentin genießt, hat sich bisher immer noch als eine feste Stütze des Thrones erwiesen. Jetzt ist die Cholera nahezu erloschen, und die Arbeitseinstellungen in den Industriebezirken sind bis auf geringe Reste überwunden. Die conservative Regierung kann sich kein Verdienst dafür beimessen, daß die öffentliche Ordnung bisher aufrecht erhalten worden ist, die seit 15 Jahren bestehenden und gepflegten Einrichtungen haben ihre Lebenskraft auch unter den veränderten schwierigen Verhältnissen erwiesen und werden sie hoffentlich auch in Zukunft erweisen.

Die Krisis, **welche in Spanien gegenwärtig ausgebrochen** ist, wird sich **nur dann** leicht lösen, wenn die Regierung nachgiebt. Gestern sind die am 1. November im Schooße der Centralcommission begonnenen **Verhandlungen** über den Antrag Sagasta's, die Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung und Commission den Cortes zu unterbreiten, fortgesetzt worden und werden voraussichtlich zur Annahme führen, falls die Regierung sich nicht bereit erklärt, den Wünschen und Beschlüssen der Commission zu entsprechen. Canovas del Castillo könnte den Streit nur auf die Spitze treiben, **wenn er die öffentliche Meinung hinter sich hätte,** es sprechen aber viele Anzeichen dafür, daß dies nicht der Fall ist, daß es sich vielmehr um die Entscheidung der Frage handelt, ob die Liberalen in Zukunft die Führung im Staate übernehmen werden oder die Conservativen. Wenn Canovas noch heute derselbe wäre wie zur Zeit des Todes des Königs Alfons XII., wenn er nicht die verhängnißvolle Schwenkung nach der unbotmäßigen Generalität hinüber gemacht hätte, dann käme es lediglich auf die Geschicklichkeit an, welche die conservative Regierung bei Lösung ihrer Aufgabe zeigte, da aber diese Veränderung in der Lage der Verhältnisse eingetreten ist, so hat eine liberale Regierung weit bessere Aussicht, die vorhandenen Schwierigkeiten zu überwinden, als eine conservative Regierung. Nachdem das Allgemeine Stimmrecht in Spanien zum Gesetz erhoben worden ist, muß es auch loyal ausgeführt werden. Der monarchische Apparat gewährt der Regierung auch bei der Geltung des Allgemeinen Stimmrechts so große Vortheile, daß es wahrlich nicht nöthig war, die der Opposition feindliche Agitation der Regierung schon bei Aufstellung der Wahllisten zu beginnen. Sagasta ist ein geschickter und einflußreicher Gegner, und da Canovas nicht seines Erfolges sicher ist, so kann er nichts Besseres thun, als nachgeben.

Leipzig, 4. November.

* Der Kaiser hatte, nach der „Kreuzzeitung", am Mittwoch im Neuen Palais vor dem Diner eine längere Besprechung mit dem Geheimen Legationsrath Dr. Kayser vom Colonialamt, dem Geheimen Legationsrath Lindau vom Auswärtigen Amte, dem Major v. Wissmann und dem Dr. Karl Peters. Das Resultat der Besprechung war, daß der Frhr. v. Soden zum Gouverneur der pacificirten Theile von Deutsch-Ostafrika ernannt werden wird, während Major von Wissmann sich mit weitgehenden Vollmachten nach den nicht pacificirten Landstrichen begiebt, um dort Ruhe und Ordnung zu schaffen.

* Wie der „Hamburgische Correspondent" erfährt, wird der Reichskanzler General von Caprivi auf seiner Reise nach Italien nicht von einem Mitgliede des Auswärtigen Amtes, sondern nur von seinem persönlichen Adjutanten, Hauptmann Ehmeyer, begleitet sein.

* Herzog Adolf von Nassau befreit den luxemburgischen Staatsrath aus einer Verlegenheit. Letzterer war, wie kürzlich berichtet, zu einer Berathung darüber zusammengetreten, ob die am 4. November sich versammelnde Kammer ohne vorherige Eröffnung durch den Regenten ihre Arbeiten beginnen könne; der Herzog aber wird, seinem neuesten Entschlusse zufolge, schon vorher in Luxemburg sein. Der „Bossischen Zeitung" wird gemeldet: Hohenburg, 1. November. Herzog Adolf von Nassau reist heute Abend nach Frankfurt ab und von dort am Montag weiter nach Luxemburg, wo er zwei bis drei Tage bleibt. Das luxemburgische Ministerium empfängt den Herzog in Wasserbillig, größerer Empfang unterbleibt." — Wie der „Rheinische Kurier" meldete, wird der Herzog die Kammer persönlich am Dienstag eröffnen.

* Ende October haben die welschtiroler Volksschullehrer durch den Abgeordneten Baron Malfatti dem tiroler Landtage eine Petition um Aufbesserung ihrer unglaublich niedrigen Besoldungen überreicht. Die in der Bittschrift angeführten Gründe sind in der That so überzeugend, daß wohl selbst die klerikale Partei über kurz oder lang einer Neuregelung der Gehälter zustimmen wird. Nach den amtlichen Erhebungen hat die große Mehrzahl der Volksschullehrer im italienischen Südtirol thatsächlich Hungerlöhne. Im Jahre 1889 gab es hier im Ganzen 898 Lehrer. Von diesen hatten 2 einen Gehalt von 550—600 fl., 1 bezog 400 bis 500 fl., 5 bezogen 400—450 fl., 4 350—400 fl. Die übrigen 886 hatten weniger als 350 fl. Besoldung, und zwar bezogen 16 Lehrer 300—350 fl., 59 Lehrer 200—300 fl., 104 Lehrer 200—250 fl., 219 Lehrer 150—200 fl., 254 Lehrer 120—150 fl., 153 Lehrer 80—120 fl. und 81 Lehrer 40 bis 80 fl. an Jahresgehalt. Auch bei Hinzurechnung der freien Amtswohnung und der Erträgnisse etwaiger Schulgrundstücke bleiben diese Besoldungen doch noch so niedrig, daß man nicht begreift, wie auch nur ledige Lehrer davon leben können. Ein großer Theil der welschtiroler Lehrer scheint thatsächlich auf milde Gaben der wohlhabenden Gemeindeangehörigen angewiesen zu sein. Im deutschen Theile von Tirol sind die Besoldungen der Volksschullehrer bei Weitem besser, doch stehen sie hinter denen der übrigen österreichischen Kronländer, selbst hinter denen Galiziens, noch immer zurück.

* In der Ende October in Hermannstadt abgehaltenen Conferenz der rumänischen Nationalpartei wurden folgende Thesen des Vorsitzenden Babes einstimmig angenommen:

1) Vermöge unserer politischen, nationalen und culturellen Situation fällt uns eine bedeutende Rolle zu. Kraft dieser unserer Bedeutung erheben wir unsere Stimme, damit dieselbe in Ofenpest, in Wien, ja auch in den leitenden Kreisen der europäischen Politik gehört und verstanden wird. 2) Wir sind und fühlen uns als Mitglieder einer großen rumänischen Familie von über 11 Millionen Seelen. Als Mitglieder dieser Familie erstreben wir die materielle und culturelle Entwickelung des Rumänenthums, erstreben wir die Bewahrung unseres Volkes vor allen fremden Einflüssen. Trotz alledem leugnen wir, daß wir irgendwelchen dacoromänische Tendenzen haben. Wir gehören der österreichisch-ungarischen Monarchie an und sind getreue Unterthanen der habsburgischen Krone. 3) Wir wünschen ein starkes Oesterreich-Ungarn, dessen gute und nützliche Bürger wir sein wollen. Wir verlangen aber, daß man uns gegenüber zum Mindesten die Rechte des Vaterlandes mit all seinen Consequenzen anerkenne und daß man uns nicht der blinden Leidenschaft unserer Gegner, die offenkundig an unserer Vernichtung arbeiten, überlasse. 4) Wir streben nicht nach einer Vereinigung mit unseren Brüdern von jenseits, sondern wünschen eine möglichst enge Verbindung des Königreiches Rumänien mit der habsburgischen Monarchie. Wir wünschen eine wirthschaftliche Einigung und mißbilligen die zum offenbaren Nachtheile beider Staaten errichteten Zollschranken. 5) Wir wünschen die Aufrechterhaltung der guten Beziehungen mit Rumänien auf politischem Gebiete und unterstützen den Abschluß einer Militairconvention. 6) Diese Aufgaben der Monarchie können nicht erreicht werden, so lange die Unzufriedenheit der Rumänen in diesem Staate fortbesteht. 7) Die Rumänen wenden sich an alle Nationalitäten der Monarchie, damit diese sich in ihrem eigenen Interesse mit den Postulaten der Rumänen solidarisch erklären. 8) In der Weltstellung der Monarchie ist die Idee des Nationalitätenausgleiches durchgedrungen. 9) Das rumänische Element hat eine Bedeutung für die Tripelallianz, und dieser Bedeutung sind wir uns bewußt. Je freier wir uns entwickeln können, desto stärker wird der Damm sein, den wir jedweder fremden Invasion werden entgegenstellen können.

Außerdem wurden noch vier andere Puncte angenommen, von denen der wichtigste lautet: In Berücksichtigung der schwieriger gewordenen Lage wird die Zahl der Mitglieder des Centralcomités auf 25 erhöht, und es beauftragt die Versammlung das Comité, ein politisches Memorandum zu veröffentlichen, welches alle Beschwerden des rumänischen Volkes zu enthalten hat. Die Unterbreitung dieser Beschwerden an den allerhöchsten Thron soll zur geeigneten Zeit erfolgen.

* Die Kirgisen zeigen große Unzufriedenheit über die Ansiedelung russischer Bauern in ihren Steppen, obwohl zahlenmäßig festgestellt ist, daß die ihnen zur Verfügung stehenden Ländereien den für sie und ihr Vieh erforderlichen Umfang weit übertreffen. Ein kaiserliches Rescript vom 13. Juli 1889 befiehlt die Förderung der Besiedelung jener Gegenden durch russische Bauern, wogegen die Kirgisen durch eine besondere Abordnung ihrer Landsleute nach St. Petersburg vorstellig zu werden beabsichtigen.

* Der Neffe des türkischen Unterstaatssecretairs Artin Pascha, Bahran Bey ist wegen angeblicher Theilnahme an den Umtrieben in Armenien verhaftet worden. — Wie die „Agence de Constantinople" meldet, wollten am Tage des Schutzpatrons der Insel Kephalonia, Gerasimus, einige Bewohner der Insel die Kirche in Galata besuchen, fanden die Thüren aber in Gemäßheit der Anordnung des Patriarchen geschlossen. Sie erbrachen darauf unter heftigen Verwünschungen gegen den Patriarchen gewaltsam die Thüren der Kirche und verrichteten ohne Priester und unbehindert von der herbeigeholten Polizei ihre Gebete.

* Aus Stockholm wird der Münchner „Allgemeinen Zeitung" gemeldet:

Wie wenig man in Schweden heute noch Nobilitirungen für zeitgemäß hält, beweisen die Kritiken, zu denen der Perle die Erhebung des vorigen Präsidenten der zweiten Kammer, Herrn Olof Wijk aus Gothenburg, in den Adelstand Anlaß giebt. Zeitungen, die sich im Uebrigen zu den verschiedensten Ansichten bekennen, stimmen darin überein, die erfolgte „Erhebung" zu mißbilligen, wiewohl sie Herrn Wijk jeder sonst möglichen Auszeichnung würdig erkennen. Daß der König berechtigt ist, den Adelstand zu verleihen, unterliegt keinem Zweifel; aber die Zeiten sind, seitdem die betreffende Regierungsverordnung geschrieben wurde, so verändert, daß der König, nach allgemeiner Ansicht, von diesem Rechte gegenwärtig keinen Gebrauch machen sollte. Der Adelstand existirt nicht mehr als politischer Stand: das schwedische Grundgesetz macht keinen Unterschied zwischen dem Adel und den übrigen Bürgern. Nachdem das höchste Amt des Reiches, das Ministerpräsidentenamt, mehr als einmal mit nicht adeligen Personen besetzt und der höchste Orden Schwedens, der Seraphinenorden, mehrmals hervorragenden nicht adeligen Personen verliehen worden ist, giebt es in Schweden keine Auszeichnung, die dem Adel vorbehalten ist. Aus zuverlässiger Quelle ist während der letzten Jahre von Zeit zu Zeit gemeldet worden, der König beabsichtige, „Erhebungen in den Adelstand" vorzunehmen; die zu dieser Ehre Auserwählten haben indessen die Auszeichnung abgelehnt. Wie verlautet, ist der Adelstand dem früheren Ministerpräsidenten und jetzigen Landshauptmann Themptander, dem Landshauptmann Berghström, dem verstorbenen Cultusminister A. F. Carlson u. A. ohne Erfolg angeboten worden. Der Letztgenannte soll die Auszeichnung mit der offenen Erklärung abgelehnt haben, daß er, der sich bereits den ihm vom König Karl XV. angebotenen Adel verbeten hätte, durchaus nicht geneigt sei, sich auf seine alten Tage lächerlich zu machen.

* Einem von der Insel Réunion dem „Temps" zugekommenen Briefe zufolge verursachte das englisch-französische Abkommen über die gegenseitige Einflußsphäre in Afrika große Beunruhigung in Tamatave und Tananariva. Infolge des Gerüchtes, die Regierung der Hovas weigere sich, das französische Protectorat anzuerkennen, mußte der französische Generalresident in Tananariva einschreiten, um die Gemüther zu beruhigen. Wie verlautet, hätten die Mitglieder der Regierung der Hovas mehrere Versammlungen betreffs des französisch-englischen Abkommens abgehalten, doch ist über die Vorgänge oder Beschlüsse in diesen Versammlungen nichts bekannt geworden. (Wiederholt.)

* In dem Pariser Außenviertel Clignancourt sind nicht weniger als 15 Candidaten für die durch den Tod Joffrin's nöthig gewordene Ersatzwahl aufgestellt, meist Socialisten und Revolutionaire verschiedener Schulen. Der „Intransigeant" läßt dort einen Aufruf verbreiten, der in dem Satze gipfelt: „Ihr habt den General Boulanger am 22. September 1889 gewählt und daher keine Ursache, euren Abgeordneten zu ersetzen. Nicht daher das allgemeine Stimmrecht, indem Ihr den Urnen der Regierung fern bleibt, damit die Ministeriellen unter sich abstimmen können." Bekanntlich hatte die Regierung die auf Boulanger gefallenen Stimmen als nichtig behandelt, da Boulanger nicht wählbar ist, und an seiner Stelle Joffrin als gewählt erklärt, obwohl derselbe nur 5000 Stimmen erhalten hatte.

Militairisches.

* Stettin, 31. October. Durch die Zeitungen geht gegenwärtig die Nachricht, daß bei den Schießübungen der Reserven der 6. Compagnie des 20. Regiments in Wittenberg ein Unglücksfall durch das Platzen eines Gewehrlaufs (Modell 88) sich zugetragen habe, und es wird hinzugefügt, daß dies der erste derartige Fall seit Einführung des Gewehrs sei. Referent kann von einem zweiten Fall berichten, welcher sich vorgestern hierselbst bei einer Schießübung des Füsilier-Bataillons des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. ereignet hat. Ein Officier hatte mehrere Schuß abgegeben, wobei das Gewehr aufs Beste seinen Dienst that, als plötzlich der Lauf platzte. Die Sache verlief aber insofern glücklich, als der Schütze nur leichte Verletzungen an den Händen davontrug.

Festungs-Telegraphen in Rußland.

* Durch Befehl vom 28. August ist, wie die „Nationalzeitung" mittheilt, ein ausführliches Reglement für die russischen Festungs-Telegraphen bekannt gemacht, aus welchem einige Puncte von allgemeinem Interesse hier folgen mögen. Je nach der Zahl der Telegraphen-, Telephon- oder Heliographen-Stationen, sowie nach der Länge der vorhandenen Telegraphen- bez. Telephon-Linien zerfallen die Festungs-Telegraphen in drei Classen: 1. Classe: mehr als 20 Stationen, Linien von mehr als 60 km Länge; 2. Classe: 10—20 Stationen, Linien von 25—60 km Länge; 3. Classe: weniger als 10 Stationen, Linien von weniger als 25 km Länge. Es mag hier bemerkt werden, daß Warschau zur 1. Classe, Nowogeorgiewsk, Brest-Litowsk und Iwangorod zur 2. Classe gehören.

Die Festungs-Telegraphen sind in Kriegs- und Friedenszeiten Tag und Nacht im Betriebe. Zur Zeit von Festungs-Uebungen, Manövern oder größeren Arbeiten können nach Anordnung des Festungs-Commandanten (dem die Telegraphen wie alle Truppen der Garnison unterstehen) provisorische Linien und Stationen nach Bedarf errichtet werden. Die Festungs-Telegraphen sind in militairischer, administrativer und ökonomischer Beziehung dem Chef der betreffenden Festungs-Ingenieur-Verwaltung sowie dem Chef der Ingenieure des betreffenden Militair-Bezirkes unterstellt; ersterer hat in dieser Beziehung die Befugnisse eines Regiments-Commandeurs, letzterer diejenigen eines Divisions-Commandeurs. Bei jedem Festungs-Telegraphen wird eine Telegraphen-Schule zur Ausbildung von Telegraphisten errichtet. — Die Chefs und Officiere der Festungs-Telegraphen werden vom General-Inspecteur des Ingenieur-Corps aus den Ingenieur-Officieren ernannt. Der Chef der Festungs-Telegraphen, welcher an allen Festungs-Uebungen theilnimmt, arbeitet für die betreffende Festung einen die Vervollständigung des Telegraphen 2c. Netzes enthaltenden Mobilmachungsplan aus. Der Mannschaftsbestand der Festungs-Telegraphen wird in Friedenszeit gebildet durch Versetzung von Mannschaften der Festungs-Infanterie-Bataillone, welche letzteren dem entsprechend jährlich einen verstärkten Ersatz erhalten. Die zu versetzenden Mannschaften müssen lesen und schreiben können und womöglich vor ihrem Diensteintritt im Telegraphen- oder Eisenbahndienst beschäftigt gewesen sein; vor ihrer Versetzung zum Festungs-Telegraphen machen diese Mannschaften einen entsprechenden dreimonatlichen Cursus durch. Der Mobilmachungsbedarf der Festungs-Telegraphen wird zunächst durch Reservisten gedeckt, welche bei solchen Abtheilungen gedient haben, und wenn diese nicht ausreichen, durch Mannschaften aus der Reserve der Ingenieurtruppen.

* Petersburg, 28. October. In den finnischen Truppen kommen jetzt viele Veränderungen vor; einige Stabsofficiere, welche daher von Schützenbataillonen, wurden verabschiedet, zwar in gnädiger Form, thatsächlich aber, weil sie sich nicht als genügend russisch gesinnt erwiesen. Den beiden Obersten Andelin und Hauen wurde bei der Verabschiedung zwar die Beförderung zum Generalmajor, aber keine Pension zu theil; letztere wird ihnen aber jedenfalls finnischerseits bewilligt werden. Viele Officiere der finnischen Schützenbataillone treten in das neugebildete finnische Dragoner-Regiment über. Das russische Kriegsministerium hatte sich schwer dazu entschlossen, dem Wunsche der Finnländer nach einem eingeborenen finnischen Reiterregiment nachzukommen. Mit wie wenig Wohlwollen man endlich dessen Bildung anordnete, geht daraus hervor, daß die russischen Reiterregimenter angewiesen wurden, für dasselbe ihre ausrangirten Pferde zu stellen. Das Regiment wird daher bis auf Weiteres kein sehr gefährlicher Gegner sein.

Schulwesen.

* Bis jetzt wurden für den Unterricht in der französischen Literatur nur die classischen Schriftsteller von Montaigne bis Châteaubriand, mit Ausnahme, in den höheren Schulen Frankreichs gebraucht, höchstens daß Einiges von Lamartine und Victor Hugo zugelassen wurde. Bei Beginn des jetzigen Schuljahres hat nun der Unterrichtsminister Bourgeois ein Rundschreiben erlassen, in welchem es heißt: „Betreffs der Schriftsteller des 19. Jahrhunderts ist die im Jahre 1887 erlassene Vorschrift zu beseitigen, daß die Professoren dieselben nur mit größter Vorsicht zulassen sollen. Diese Empfehlung ist überflüssig. Die Lehrer sollen sich bei ihrer Auswahl nicht blos von den ewigen Gesetzen der Vernunft und des guten Geschmackes leiten lassen, sondern auch bei dem geschichtlichen wie bei dem literarischen Unterrichte ihre Schüler für die moderne Welt vorbereiten und die Nothwendigkeiten der heutigen Zeit berücksichtigen. . . . Niemals ist es gebotener gewesen, ein gesundes, kräftiges, stets zur That und selbst zur Hingabe bereites Geschlecht zu erziehen. Die Lehrer werden daher Alles verbannen, was in den neueren Werken an Gesuchtheit, Sophismen, ohnmächtige und krankhafte Auffassung erinnert. Sie werden besonders die Schriftsteller meiden, welche die Jugend zur Ironie und zum Skepticismus verleiten könnten." Unter den zugleich vom Unterrichtsminister ausdrücklich empfohlenen Büchern befindet sich u. A. auch eine Auslese aus den Werken Alfred de Musset's, welche ein Beamter des Unterrichtsministeriums besorgt hat.

Universität.

Decanatsprogramm zur Geschichte der theologischen Facultät 1428—1539.

Das im Namen des Rector Magnificus ergangene deutsch geschriebene Einladungsprogramm des designirten, jetzt wirklich ins Amt getretenen theologischen Decans ist ein bedeutender Beitrag zur urkundlichen Geschichte unserer Hochschule. Professor Dr. theol. Theodor Brieger veröffentlicht zum ersten Male die ältesten Promotionsacten der hiesigen theologischen Facultät, wie sie bis zum Jahre 1428 zurückreichen, und verfolgt sie bis zur Einführung der Reformation im Jahre 1539 (Leipzig, Alexander Edelmann).

Dr. Brieger bringt die nächst den Statuten der Facultät wichtigste